

mokratie, Verbraucherschutz und Arbeitsplatzsicherheit gegenüberstehen, die eine breite gesellschaftliche Debatte über das geplante TTIP erforderlich machen.

*(Dieser Artikel basiert auf einer ausführlicheren Studie zum TTIP [Beck/Scherrer 2014], die von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert wurde.)*



**Stefan Beck**

ist Lehrbeauftragter an der Uni Kassel; Forschungsschwerpunkte: Politische Ökonomie und Vergl. Kapitalismusforschung. [bestef@freenet.de](mailto:bestef@freenet.de)



**Christoph Scherrer**

ist Professor für Gesellschaftswissenschaften an der Universität Kassel, Schwerpunkt »Globalisierung und Politik«. [scherrer@uni-kassel.de](mailto:scherrer@uni-kassel.de)

*Gregor Fitzl*

## Ein Desiderat der Forschung

### Europas multidimensionale Krise

Seit Beginn der Euro-Krise konzentriert sich die Öffentlichkeit auf die Probleme der Finanz- und Steuerpolitik in Europa. Unterschiede zwischen den Sozialstrukturen und politischen Kulturen der einzelnen Länder gerieten in den Hintergrund. Die Harmonisierung ungleicher Nationalstaaten in einem überwölbenden Gebilde wurde auf wirtschaftspolitische Aspekte reduziert. Politiker sprachen von Spannungen zwischen der Wettbewerbs- und Sozialunion, die sie bislang nicht in den Griff bekommen. Zwischen süd- und nord-europäischen Ländern zeichnet sich ein Konflikt ab, der in der Auseinandersetzung zwischen der »Troika« und den Nationalregierungen ausgetragen wird. Auf nationaler sowie subnationaler Ebene breiten sich Ressentiments aus. Diese nähren den Populismus, der zunehmend auch Zugang zu den Parlamenten erhält. Das europäische Vereinigungsprojekt demgegenüber mobilisiert keine breite Wählerschaft mehr. Der Umstand, dass Europa auf fast 70 Jahre Frieden zwischen den europäischen Großmächten zurückblicken kann, scheint nur noch Historiker zu interessieren.

Europas Krise hat aber auch andere Dimensionen, die es wert wären zum Gegen-

stand sozialwissenschaftlicher Forschung zu werden. Dazu gehört vor allem die Legitimation der europäischen politischen Institutionen und die verschiedenen Sozialstrukturen in den europäischen Ländern. Die Forschungsprogramme der öffentlich-rechtlichen sowie privaten Stiftungen haben allerdings andere Schwerpunkte. Die Krisenherde des Mittleren Ostens, Afrikas und Südasiens bekommen die Aufmerksamkeit, die ihnen gebührt. Schade ist nur, dass gleichzeitig Forschungsprojekte über südeuropäische Länder mit dem Argument abgelehnt werden, dass es darüber »keine fachinterne Debatte« gebe. Der Ernst der Lage um den europäischen Vereinigungsprozess sollte stärker zur Überwindung der akademischen Selbstreferenzialität ermutigen. Die Programme, die die Europäische Kommission unter dem Label Horizont 2020 auf den Weg gebracht hat, setzen diesbezüglich fruchtbare Akzente. Die Untersuchungen des kulturellen Erbes der europäischen Nationen sowie des Bezugs ihrer politischen Kultur auf die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs ermöglichen Einsichten in die Mannigfaltigkeit der europäischen Identitäten. Eine Debatte über

die Forschungsprogramme, die zum besseren Verständnis der multidimensionalen Krise Europas beitragen könnten, bleibt jedoch aus.

Neben der Dynamik des Binnenmarktes spielt die politische Vertretung der Nationalstaaten die entscheidende Rolle für die Fortsetzung des europäischen Vereinigungsprozesses. Die Gewaltenteilung unter den europäischen Institutionen verweist darauf. Als Exekutive der Europäischen Union werden weder der Europäische Rat noch die Europäische Kommission vom Europäischen Parlament bestimmt, sondern von den Nationalregierungen. Der Ansatz einer direkten Wahl des Kommissionspräsidenten stellt einen bedeutenden Demokratisierungsschritt dar. Wie er in der Praxis umgesetzt wird, ist jedoch noch abzuwarten. Denn er ändert nichts am Proporzprinzip, wonach jedes Land einen Kommissar nach Brüssel sendet. Der europäische Vereinigungsprozess ist somit auf Integrationsressourcen angewiesen, die er selbst nicht garantieren kann. Sie werden auf nationalstaatlicher Ebene bereitgestellt, solange die politische und soziale Kohäsion der Nationalstaaten gesichert ist. Doch Letztere weist unterschiedliche Krisensymptome auf, wie der Ausgang der Europawahl zeigt.

Zudem ist in vielen europäischen Ländern eine Spannung zwischen Zentrum und Peripherie zu beobachten. Spanien mit der katalanischen und der baskischen Frage, das Vereinigte Königreich mit dem Referendum über Schottlands Unabhängigkeit im September 2014 oder Belgien mit der langjährigen Regierungskrise sind nur die bekanntesten Beispiele. Eine gesonderte Betrachtung verdient die Krise der Ukraine. In Deutschland initiiert die Debatte über den Länderfinanzausgleich eine neue Auseinandersetzung zwischen Ost und West. Italien zeichnet sich seit den 90er Jahren durch den zunehmenden Verlust der republikanischen Staatsgründungsnarration und des nationalen Zu-

sammenhalts aus. Frankreich erlebt eine Instrumentalisierung des staatlichen Laizismus sowie des Ringens um überfällige Reformen zugunsten des Rechtspopulismus. Als Fazit der Bestandsaufnahme ist festzuhalten: Die vorhandenen Ressourcen zur Integration der europäischen Nationalstaaten sind nicht selbstverständlich. Sie befinden sich in einem Umdeutungsprozess und werden zum Gegenstand politischer Kämpfe, die sozialwissenschaftlich zu untersuchen sind.

Die Staaten der EU gründen auf Verfassungen, die den Schutz der Menschenrechte und die demokratische Ordnung nach ähnlichen Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit sichern. Sie verfügen über politische Gemeinsamkeiten, die ihr unterschiedliches Kulturerbe für die Legitimation europäischer Institutionen fruchtbar machen. Bis heute ist daraus jedoch kein gemeinsamer Verfassungspatriotismus hervorgegangen, der die Nationalstaaten integriert und als Grundlage des europäischen Einigungsprozesses dient. Eine theoriegeleitete und empirisch vergleichende Sozialwissenschaft könnte erarbeiten, wie es um die politischen Legitimationsverfahren auf nationalstaatlicher und europäischer Ebene bestellt ist. Sie muss aber auf geeignete Forschungsprogramme zurückgreifen können.

Methodologisch gilt es zwei Aspekte der Fragestellung politischer Integration voneinander zu unterscheiden: Staatsgründungsnarrationen und Nationenbegriffe.

Einerseits sind die meist infolge der Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs begründeten Leitideen der Staatengemeinschaften zu untersuchen: Republikanische Werte, Résistance-Mythen, »Nie wieder«-Parolen, Debatten zur Beziehung von Staat und Kirche, Auseinandersetzungen mit der kolonialen Vergangenheit usw. Dabei ist zu fragen, inwiefern diese Leitideen durch das Ende des Kalten Krieges und die

### *Nationenbegriffe und Staatsgründungsnarrationen*

Neuordnung (Ost-)Europas an integrativer Kraft eingebüßt haben und mit welchen Aspekten populistischer Subkulturen auf nationaler und subnationaler Ebene sie in Konkurrenz geraten.

Andererseits gilt es, die Vorstellungen von Nation, wodurch sich die europäischen Länder auszeichnen, auf ihre historische Herkunft und Semantik zu untersuchen, sowie auf die Frage, ob sie heute ein stärker werdendes Identifikationsmoment darstellen (wie beispielsweise in Deutschland, England, Frankreich, Ungarn) oder ein schwächer werdendes (wie beispielsweise in Italien, Belgien). Die Untersuchung der politischen Kultur einzelner europäischer Länder, ihres Wandels und ihrer Krise ermöglicht somit ein Bild der Mannigfaltigkeit an Strömungen zu bekommen, die für und gegen die Legitimation europäischer Institutionen arbeiten.

Bedeutende Unterschiede in der sozialen Struktur, die nicht angemessen erforscht sind und in der politischen Praxis nicht ausreichend berücksichtigt werden,

### Sozialstrukturelle Divergenzen

zeichnen die Beziehungen zwischen den europäischen Ländern aus. Indikatoren dafür sind die steigende soziale Ungleichheit, die fehlende Umverteilungspolitik, die mangelnde soziale Mobilität, die rigide soziale Schichtung und die Regressionen der sozialen Standards, die strukturschwache europäische Länder auszeichnen. Es reicht nicht

aus, die entsprechenden Daten aus den Statistiken von Eurostat zu zitieren. Es gilt die gesellschaftlichen Mechanismen zu erforschen, die die soziale Lage der einzelnen Länder prägen. Dazu gehört die Untersuchung der korporatistischen Strukturen und der politischen Patronage von Monopolen und Standortvorteilen, die durch Steuerhinterziehung, Korruption und Schwarzarbeit die Schere zwischen Arm und Reich immer größer werden lassen. Es gilt das Gedeihen der organisierten Kriminalität in den Regionen zu durchleuchten, wo sie anstelle der zu schwach gewordenen demokratischen Institutionen die Regierungsfunktion übernimmt. Es gilt zu erklären, welche Interessen protegert werden, wenn der Teufelskreis von mangelnder Staatsfinanzierung und steigender Staatsverschuldung fortgesetzt wird. Sind passende Forschungsprogramme auf europäischer Ebene vorhanden, können die Sozialwissenschaften zu einer tieferen Kenntnis dieser Aspekte von Europas multidimensionaler Krise beitragen. Auf ihrer Grundlage lassen sich die Richtlinien einer politischen Praxis festlegen, um die Mechanismen zu durchbrechen, aus denen die steigende soziale Divergenz zwischen den europäischen Ländern hervorgeht. Damit wäre auch ein wichtiger Beitrag zu einer europäischen politischen Kultur geleistet. Denn dies würde dem antieuropäischen Populismus das stärkste Argument nehmen, nämlich die Angst um die soziale Sicherheit der europäischen Bürger.



#### Gregor Fitzl

ist Senior researcher am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Oldenburg. Bei Presses de l'Université de Montréal erschien zuletzt (mit Denis Thouard): *Réciprocités sociales. Lectures de Simmel*. Sonderausgabe der Zeitschrift Sociologie et Société.  
[gregor.fitzl@uni-oldenburg.de](mailto:gregor.fitzl@uni-oldenburg.de)